

Demonstration anlässlich der Innenministerkonferenz in Garmisch-Patenkirchen

Bremer Jugendliche fordern: Bleiberecht jetzt!

Vom 4.- 6. Mai wird in Garmisch Patenkirchen anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) eine bundesweite Jugendkonferenz für Bleiberecht stattfinden. An der Konferenz nehmen auch Mitglieder der Bremer Gruppe Jugend ohne Grenzen teil, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen:

Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge und Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention auch für Flüchtlingskinder, insbesondere Bildungsfreiheit, Arbeitsrecht und Bewegungsfreiheit - alles vermeintliche Selbstverständlichkeiten, die Jugendlichen mit dem Status der Duldung in Deutschland verwehrt bleiben.

Innensenator Röwekamp, der an der gleichzeitig stattfindenden Innenministerkonferenz teilnimmt, wird also in Garmisch nicht der einzige Vertreter Bremens sein.

Die Positionen könnten allerdings kaum unterschiedlicher sein: Der Bremer Innensenator gehörte zur Mehrheit der Innenminister, die während der IMK im Dezember 2005 eine „Altfall-„ oder Bleiberechtsregelung einmal mehr verhinderten.

Innensenator Röwekamp war es auch, der nach seinem Amtsantritt in Bremen den so genannten Böse-Erlass aufhob, der es immerhin einem kleinen Teil der von Abschiebung bedrohten und seit langem in Bremen lebenden Jugendlichen ermöglicht hatte, ein Bleiberecht zu bekommen. Das völlige Fehlen einer allgemeinen Bleiberechtsregelung führt nun fortwährend dazu, dass in Bremen (und anderswo in Deutschland) aufgewachsene Kinder und Jugendliche die Abschiebung in ein Land droht, in dem sie nie oder nur als Kleinkinder gewesen sind. Betroffen sind insbesondere Kinder und Familien aus Krisengebieten wie dem Kosovo, Libanon, Westafrika, Tschetschenien usw., die dort oftmals Angehörige von gefährdeten Minderheiten wären.

Laut Beschluss der IMK vom Dezember 2005 soll vor weiteren Beratungen über eine Bleiberechtsregelung geprüft werden, ob die Bestimmungen im Zuwanderungsgesetz ausreichend seien. Die Erfahrungen in der Beratungspraxis zeigen jedoch: Die Möglichkeiten zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach Kettenduldungen werden kaum genutzt. Auch eine Härtefallkommission, wie sie jetzt auch in Bremen eingerichtet wurde, stellt keine hinreichende Lösung des Problems dar, weil sie nur Ausnahmen in besonderen Einzelfällen ermöglichen soll. Sie kann keine verbindliche Rechtsregelung für die schaffen, die ganz normal integriert sind und für die Bremen ihre neue Heimat geworden ist.

Neben der Teilnahme an der bereits zweiten Konferenz für Bleiberecht (nach Karlsruhe im Dezember 2005) werden die bundesweit angereisten Jugendlichen am 5.5. in Garmisch für eine sofortige Bleiberechtsregelung und die vollständige Umsetzung der UNO- Kinderrechte demonstrieren.

Bereits am 4. Mai will der bundesweite Zusammenschluss junger Flüchtlinge die Innenminister unter dem Motto "Fair Play auch in der Zuwanderungspolitik" zu einem Fußballspiel fürs Bleiberecht herausfordern, um den Innenministern ihre Forderungen auch persönlich nahe zu bringen.

In der Bremer Gruppe Jugend ohne Grenzen haben sich seit Dezember 2005 betroffene junge Flüchtlinge aus verschiedenen Herkunftsländern organisiert. Weitere Informationen erhalten Sie über 0176 – 28 70 78 43 oder 0421– 31 29 84 sowie über die Nummer des Flüchtlingsrates.

Weitere Informationen zur bundesweiten Kampagne und zur IMK u.a. auf der Website www.hier.geblieben.net <<http://www.hier.geblieben.net>> und auf der Website des Hamburger Flüchtlingsrates: <http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/aktuelles.html>

Mit freundlichen Grüßen
Für den Flüchtlingsrat Bremen

Britta Ratsch-Menke

--

Flüchtlingsrat Bremen
c/o Ökumenische Ausländerarbeit Bremen e.V.
Berckstr. 27
28359 Bremen
Tel./Fax: 0421 / 800 700 4
fluechtlingsarbeit@kirche-bremen.de